



Impulspapier Standort Deutschland Konferenz 24.9.2024

Kapital für die Zukunft: Wie mobilisieren wir Investitionen?

Wir wollen unsere Wirtschaft zukunftsfest und nachhaltig wettbewerbsfähig machen. Dabei wollen wir Klimarisiken begrenzen, weil diese unseren Wohlstand gefährden. Um den scheinbaren Widerspruch aus Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit aufzulösen, braucht es einen Umbau unserer Wirtschaft. Es geht darum, wie sich Prozesse und Strukturen ändern können – aber auch die Haltung und das Verhalten von Akteurinnen und Akteuren der Wirtschaft und der Politik. Wir müssen die Chancen ergreifen, die sich für die Zukunft ergeben, müssen uns neue Märkte erschließen und neue Geschäftsmodelle schnell in den Markt bringen.

Zukunft sichern, das geht nicht mit der Beschwörung der vermeintlich guten alten Zeit, mit auf der einen Seite ordnungspolitischer Orthodoxie, auch nicht mit auf der anderen Seite Degrowth – das geht nur mit Investitionen. Nur mit Pragmatismus. Nur mit Kreativität. Wir Unternehmerinnen und Unternehmer wissen aus der Realität in den Unternehmen: Wer morgen noch Gewinne machen will, muss dafür heute Geld in die Hand nehmen.

Woher kann dieses Geld kommen, wie mobilisieren wir Investitionen für die Transformation, für die Infrastruktur, für die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland?

Investitionen müssen sich lohnen

Privates Kapital ist unerlässlich, um die gewaltigen Investitionen zu stemmen, die für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft erforderlich sind. Für Deutschland beziffert die KfW den Investitionsbedarf bis 2050 auf insgesamt 5 Billionen Euro. Das Gute ist: zum Großteil handelt es sich um ohnehin anstehende Investitionen, die jetzt nur in eine nachhaltige Verwendung fließen müssen. Die jährlichen Mehrinvestitionsbedarfe liegen bei 72 Milliarden Euro. Das kann keine Regierung allein stemmen. Hier müssen wir alle gemeinsam ran. Ohne privates Kapital bleibt der grüne Wandel ein Wunschtraum.

Manche Unternehmen stellen die Klimaziele infrage, zum Teil auch aus berechtigtem Frust über erdrückende Bürokratie. Allerdings sind die Klimaziele Grundlage für eine sichere Zukunft. Umso wichtiger ist: Investitionen müssen nicht nur ökologische Renditen sondern auch handfeste ökonomische Gewinne erzielen. Der Schlüssel liegt darin, Investitionen in grüne Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur attraktiver zu machen, wobei insbesondere bürokratische Hürden und heterogene Finanzmarktregularien als Hindernisse beseitigt werden müssen.

Unternehmerinnen und Unternehmer investieren unter anderem dann, wenn sie auf

- maßvolle Unternehmenssteuern,
- günstige Abschreibungsmöglichkeiten für technologische Investitionen,
- eine pragmatische Zusammenarbeit mit dem Staat ohne übermäßige Bürokratie,
- sowie eine leistungsfähige Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte treffen.

Diese Faktoren sind fundamental, um sowohl inländische als auch ausländische Investoren für nachhaltige Projekte zu gewinnen.

Die Beispiele von Verbrenner-Aus und SAF-Quoten machen deutlich: Die Wirtschaft braucht eine verlässliche Politik. Ohne eine stärkere staatliche Absicherung für regulatorische Änderungen werden Unternehmen weiterhin zögern, in zukunftsweisende Technologien zu investieren. Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass die einmal getroffenen politischen Entscheidungen auch Bestand haben.

Rahmenbedingungen und Anreize für eine erfolgreiche Transformation

Der Privatsektor spielt eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung der enormen Summen, die für die ökologische und digitale Transformation benötigt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Realwirtschaft und der Finanzbranche ist unerlässlich, um die finanziellen Mittel effektiv zu mobilisieren.

Grundsätzlich sollte auf steuerbasierte Investitionsanreize sowie erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten mit kürzeren Laufzeiten gesetzt werden, insbesondere für grüne Technologien. Dies ist für viele Firmen einfacher handhabbar als aufwändige Förderprogramme. Förderprogramme mögen hoch differenziert angelegt sein, aber mit einem 100-Prozent-Anspruch passen sie vielfach nicht zur Realität in den Unternehmen. Erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten hingegen bilden den Rahmen, in dem Unternehmen frei entscheiden können, ob sie Investitionen tätigen. Abschreibungsoptionen insbesondere beim Aufbau der Energieinfrastruktur haben einen sofortigen, in der Breite wirkenden Effekt. Für den Staat bedeutet dies einen Einnahmeverzicht, der aber unternehmerische Investitionen auslöst. Insofern ist dieser Einnahmeverzicht eine Investitionsmaßnahme der Politik, für die zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollten, statt dass der Standort in die Krise gespart wird.

Öffentliche Mittel können aber, sinnvoll eingesetzt, als Hebel wirken, um private Investitionen zu stimulieren und Risiken zu mindern. Das gilt insbesondere auch für Investitionen in eine gute Infrastruktur, die Voraussetzung sind für private Investitionen am Standort, und die natürlich umgesetzt werden von privaten Unternehmen, etwa bei Bautätigkeiten. Solche Investitionen sollten fremdfinanziert möglich sein, etwa durch ein Sondervermögen über Wahlperioden hinweg.

Transparenz für Innovationstechnologien

Ein zentraler Aspekt auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die Transparenz in Bezug auf bereits weit entwickelte, aber noch nicht kommerziell genutzte innovative Technologien. Viele dieser Technologien stehen kurz vor der Marktreife und benötigen vor allem Kapital, um die letzten Schritte zur Industrialisierung und Skalierung zu durchlaufen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Fokus stärker darauf gelegt werden, gezielt aufzuzeigen, wo Kapital für die Umsetzung und Skalierung benötigt wird. Gezielte Kampagnen und Informationsinitiativen könnten dabei helfen, Investoren und der Öffentlichkeit das Potenzial verschiedener Technologien aufzuzeigen, die maßgeblich zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen.

Der Staat kann dabei eine wichtige Rolle spielen, indem er Investitionen durch Beteiligung am unternehmerischen Risiko, wie etwa Garantien oder Kreditabsicherungen oder „Carbon Contracts for Difference“ unterstützt. Dies würde nicht nur die Klimaziele vorantreiben, sondern auch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Innovationsstandort stärken.

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz, dem Wachstumschancengesetz und dem Fondsmarktstärkungsgesetz gibt es ein Bündel von Finanzmarktgesetzen, die eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investoren, für die Kapitalmärkte, aber auch für die Fondsbranche in den

Vordergrund stellen. Dieses Maßnahmenpaket sehen wir als wichtige Voraussetzung dafür an, dass Deutschland das von der Bundesregierung gesetzte Ziel erreicht, ein führender Sustainable-Finance-Standort zu werden. Der EU-Green Deal mit der europäischen Sustainable Finance Initiative hat bereits zu einer signifikanten Umlenkung von Kapitalströmen beigetragen und dieser Trend wird sich weiter verstärken.

Eine echte Kapitalmarktunion als Schlüssel für Wachstum und Transformation

Die Schaffung einer echten europäischen Kapitalmarktunion steht aktuell so weit oben auf der europapolitischen Agenda wie seit Jahren nicht mehr – und das wurde auch Zeit. Ein solcher Binnenmarkt für Kapital mit seinen vielen Vereinfachungen würde nicht nur die Finanzierung von Innovation und Wachstum in Europa ankurbeln, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger stärker am wirtschaftlichen Erfolg beteiligen. Die EU-Kommission muss die notwendigen Schritte rasch einleiten.

Ein wichtiger Hebel zur Stärkung der heimischen Wirtschaft wäre, den europäischen Kapitalmarkt attraktiver für Börsengänge zu machen. Immer mehr deutsche Unternehmen meiden die Deutsche Börse und entscheiden sich stattdessen für den US-Kapitalmarkt, da dort mehr Kapital und Expertise verfügbar sind, besonders für Nischenunternehmen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Anzahl der an der Frankfurter Börse gelisteten Unternehmen auf rund 500 fast halbiert. Dies führt zu einer Schwächung der europäischen Finanzplätze, was langfristig dazu beitragen könnte, dass innovative Ideen und Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Damit Börsengänge in Europa attraktiver werden, müssen Bürokratie und Kosten gesenkt und Abläufe vereinfacht werden.

Trotz bestehender EU-Regulierungen gibt es zudem nach wie vor große Unterschiede in den nationalen Vorschriften und der Aufsichtspraxis. Wichtige Schritte wären die Entwicklung des europäischen Verbriefungsmarkts, um Banken mehr Spielraum für Fremdfinanzierungen zu verschaffen. Eine verantwortungsvolle Reform der Verbriefungen würde es Banken ermöglichen, Kredite am Kapitalmarkt zu verkaufen oder weiterzureichen, was ihre Bilanzen entlastet und Raum für neue Kredite schafft, die beispielsweise an Häuslebauer vergeben werden könnten. Zudem sollte die Aufsichtspraxis, die trotz einheitlicher Regeln oft auseinanderfällt, durch ein Opt-in Regime für grenzüberschreitend tätige Unternehmen und eine einheitliche Aufsichtspraxis verbessert werden. Dies würde Transaktionskosten senken und den Binnenmarkt stärken.

Ein erhebliches, oft übersehenes Hemmnis ist zudem das Fehlen europäischer Safe Assets. In der EU gibt es keine gemeinsamen Anleihen, wie sie etwa in den USA mit den US-Government-Bonds existieren – ein maßgeblicher Pull-Faktor. Stattdessen gibt es nur nationale Anleihen, wie Bundesanleihen oder französische Staatsanleihen. Die Angst vor einer Transferunion, in der Deutschland für den Rest der EU geradestehen müsste, führt zu Abwehrreflexen. Diese könnten jedoch durch eine Anbindung an den EU-Haushalt gelöst werden, der dafür aber eigene Mittel bräuchte.

Kein Nice-to-have, sondern Notwendigkeit

Die Mobilisierung privaten Kapitals ist kein Nice-to-have, sondern eine Notwendigkeit für die Transformation zur Nachhaltigkeit. Privates Kapital ist der Katalysator für eine sichere Zukunft. Deutschland und Europa müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um private Investitionen zu fördern und die Transformation zu beschleunigen.

Wir fordern die Politik auf, bürokratische Hürden abzubauen, gezielte Anreize zu schaffen und die Kapitalmärkte zu integrieren. Nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren kann die Vision einer klimaneutralen Wirtschaft Realität werden. Nur so sichern wir die Zukunft des Standorts Deutschland.